

## Beschluss des Landrats vom 28.01.2021

Nr. 746

### 9. Fragestunde der Landratssitzung vom 28. Januar 2021 2021/1; Protokoll: ps

#### 1. Andreas Bammatter: Zukunft «Allschwil und weiterführende Schulen»

**Andreas Bammatter** (SP) hat eine Zusatzfrage, die nicht heute beantwortet werden könne, jedoch im Raum stehe: *Wie geht die partnerschaftliche Zusammenarbeit in dieser Frage weiter?*

#### 2. Anita Biedert-Vogt: Vorsorgeplanung bei zwingendem Lockdown an den Baselbieter Schulen

**Jan Kirchmayr** (SP) findet es gut, dass die Kaskade transparent gemacht wird und hat eine Zusatzfrage: Bezüglich Gymnasien ist vermehrt zu lesen, dass vor allem die Mittagssituation sehr problematisch ist, weil sich viele Leute in den Mensen drängen und es gleichzeitig nicht mehr möglich ist, über Mittag nach draussen zu gehen. *Sind Lösungen angedacht, die man sofort umsetzen könnte?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, an den Gymnasien seien die Schutzkonzepte für die Mensen bereits seit Anfang Januar verschärft worden. Die Abstände müssen vergrössert werden. Die verschiedenen Räume wurden neu gruppiert. Es ist jedoch an jedem Gymnasium etwas anders, weil nicht überall gleich viele Räume zur Verfügung stehen. Das Ziel ist es, Ansteckungen zu vermeiden. Das behält man im Auge.

**Simone Abt** (SP) hat eine Zusatzfrage: *Wäre die Regierungsrätin bereit, sich wie Amtskollegin Silvia Steiner aus Zürich dafür einzusetzen, dass Lehrpersonen schneller geimpft werden, vielleicht etwas früher als andere Personengruppen?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) äussert, es würden viele Wünsche an die Gesundheitsdirektoren herangetragen. Der Bundesrat legt die Impfstrategien fest, und der Kanton Basel-Landschaft hält sich daran. Es gibt viele Personengruppen, die finden, sie sollten die nächsten sein. Dies sollte den entsprechenden Gremien überlassen werden, denn der Impfstoff ist knapp.

**Simone Abt** (SP) hat eine weitere Zusatzfrage: *Wäre Frau Regierungsrätin Gschwind bereit, sich dort zu engagieren, wo der Regierungsrat mitreden kann? Lehrpersonen sind exponierte Personen, und es wird bei ihrem Einsatz keine Einschränkung gemacht, das heisst, sie sollten gesund bleiben.*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) setzt sich immer für die Lehrpersonen ein. Die Schulen sollen offen bleiben. Es gibt jedoch noch andere Massnahmen wie bessere Masken, Massentests an den Schulen etc. Die Frage zur bevorzugten Impfung steht im Raum und wird auch in der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) besprochen.

#### 3. Roman Brunner: Schneeräumung auf kantonalen Radrouten

**Roman Brunner** (SP) hat eine Zusatzfrage: Ihm ist bewusst, dass in einer solchen Ausnahmesituation die Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmenden aufeinander sehr wichtig ist. Die Mitarbeitenden des Winterdienstes haben sicher sehr gute Arbeit geleistet und Tag und Nacht gearbei-

tet. In der Beantwortung der zweiten Frage heisst es, dass die kantonalen Radrouten in zweiter oder dritter Priorität vom Schnee befreit würden. Gewisse Radrouten waren drei Tage später noch nicht geräumt. *Was bedeutet «zweite oder dritte Priorität» in zeitlicher Hinsicht?* Der Schneefall war am Freitag irgendwann vorbei, und der Schnee lag am Montagabend immer noch auf gewissen Radrouten.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erläutert, erste Priorität hätten Kantonsstrassen, auf denen der öV verkehre, damit dieser nicht zum Erliegen komme. In zweiter Priorität kommen die übrigen Kantonsstrassen dran. Wie lange es dauert, hängt von den Verhältnissen und den Umständen ab und kann nicht in Tagen festgelegt werden. Es ist relativ lange her, dass es so viel Schnee gegeben hat. Dies ist selten. Die Leute tun, was sie können und arbeiten Tag und Nacht. Auch wenn der Schnee beseitigt ist, müssen weitere Unterhaltsarbeiten getätigt werden, damit die Strassen nicht gefährlich sind. Es dauert, solange es dauert – schneller geht es nicht. Man muss den Schnee auch noch wegbringen. Oft hilft die Natur nach. Bei so grossen Mengen kommen alle an ihre Grenze. An diesem Tag sah es in der ganzen Schweiz so aus. Es waren besondere Verhältnisse. Es hat länger gedauert, aber es waren auch ungewöhnliche Mengen.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne), der in seinem weiteren Umfeld zwei Personen kennt, die wegen eines Velounfalls ärztliche Betreuung benötigten, bemängelt an der Priorisierung, dass das Velo immer nachträglich komme. Er hat eine Zusatzfrage: *Ist die BUD bereit, sich zu überlegen, die Priorisierung im Hinblick auf die Velofahrenden zu überdenken, weil Verletzungen häufiger sind?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) kennt die Fälle nicht und kann nichts dazu sagen. Irgendwo muss der Schnee hin – das war nicht nur im Kanton Basel-Landschaft so; die Bilder gibt es noch. Schliesslich bleibt jedoch auch noch die Eigenverantwortung. Alle Verkehrsteilnehmenden sind dafür verantwortlich, was sie tun und wie sie es tun. Es erscheint verfehlt respektive nicht angemessen, von einer ausserordentlichen Situation eine alltägliche Handlungsanweisung herzuleiten.

**Marco Agostini** (Grüne) hat folgende Zusatzfrage: *Dürfen Velofahrende bussenfrei die Strasse benutzen, wenn der Radweg voller Schnee ist?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist der Meinung, dass sie das dürfen.

#### **4. Miriam Locher: Gewässerschutz Kanton Baselland**

*Keine Zusatzfragen.*

#### **5. Markus Dudler: Gewässerschutz Kanton Baselland**

*Keine Zusatzfragen.*

#### **6. Roger Boerlin: Wie geht es mit der Deponie Feldreben weiter?**

*Keine Zusatzfragen.*

#### **7. Pascale Meschberger: Hilfe für Obdachlose**

**Pascale Meschberger** (SP) hat folgende Zusatzfrage: Alle haben wohl gehört, dass aus Basel-Stadt ein lauter Hilfeschrei von Hilfsinstitutionen kam, die sich um Obdachlose kümmern, weil sie fürchten, dass diese am Erfrieren sind. *Hat der Regierungsrat den Hilferuf auch gehört, war er in Kontakt mit den betreffenden Institutionen?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) möchte die Frage umdrehen – waren die Hilfsinstitutionen mit dem Regierungsrat in Kontakt? Es gab keine entsprechende Rückmeldung.

**8. Sven Inäbni: Covid-19 Impfnachweis**

*Keine Zusatzfragen.*

**9. Marc Scherrer: Gesetzesrevision GSA/AMAG**

**Marc Scherrer** (CVP) schickt voraus, man sei bei der Gesetzesrevision davon ausgegangen, dass es sich nicht um eine Abbauvorlage handle. Sollte ein Abbau geplant sein, sollen zumindest die Experten angehört werden und das Ganze nicht zum Spielball der Politik werden. Daraus ergibt sich folgende Zusatzfrage: *Kann aufgrund der Antwort auf Frage 9.3 davon ausgegangen werden, dass in den Jahren 2021–2024 keine finanziellen Abstriche gemacht werden und eine mögliche finanzielle Kürzung erst ab dem Jahr 2025 möglich ist? Falls ja: Sollte der Regierungsrat ab 2025 eine entsprechende Kürzung beantragen, ist dies nur dann möglich, wenn dies von den Experten vorgeschlagen respektive in einer Anhörung bestätigt wird?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, der Landrat werde darüber bestimmen, wie hoch die Leistungsvereinbarung ist. Für den Ausgabenbeschluss ist der Landrat zuständig. Es wurde ausgeführt, wie dies genau abläuft. Es laufen die Anhörungen der Leistungsempfänger, danach befindet der Regierungsrat darüber und wird sich vor allem auch mit der Frage bezüglich Kontrollzahlen auseinandersetzen. Aus Antwort 9.1 war ersichtlich, dass von den Sozialpartnern ein Antrag auf 150 Kontrollen gestellt wurde, also wesentlich weniger als die heutigen 450. Man hat sich auf den Kompromiss (300) geeinigt. Es kann nicht von einer Abbauvorlage die Rede sein. 2025 ist ein Anhörungsrecht – die Anhörung wird als eine Stimme gewichtet, aber es gibt kein Bestimmungsrecht der Sozialpartner; so steht es nicht im Gesetz.

*://:* Alle Fragen sind beantwortet.

---